

Zentralregister Iran - Stephan Pernau

Sehr geehrte Herren

ich halte hier noch einmal fest, daß die igfm strategisch sehr geeignet sein könnte, ein Zentralregister für Verbrechen von Unrechtsstaaten voranzutreiben. Aus Ihrer Website ersehe ich, daß sie in diesem Bereich ja schon erste Erfahrungen haben, meine Hochachtung!

Dieser Weg erscheint mir geboten, weil eine alte Soziologenweisheit sagt, Revolutionen sind nur dann erfolgreich, wenn Diktatoren den Schneid verlieren auf die Masse zu schießen. In der DDR und mit Wiedervereinigungs-Energien aufgeputscht dauerte das dennoch fast 40 Jahre.

Andererseits ist ein Zentralregister schnell in aller Munde und wenn erst die ersten Namen, Adressen und Bilder von Folterern im Internet sichtbar sein werden, wird es eine Wirkung entfalten wie Salzgitter es auch tat.

Ein anderer Grund ist ein Logistischer: Fällt ein Unrechtsstaat gibt es viele Chancen Beweise zu vernichten und sich abzusetzen. Steht dann Behörden demokratischer Staaten ein verlässliches Zentralregister online zur Verfügung, kann viel exakter und schneller gehandelt werden und verhindert werden, daß sich Mörder und Folterknechte in bürgerlichen Gesellschaften als Wölfe im Schafspelz verkriechen.

Natürlich gibt es noch viele gute Gründe mehr.

Diese Strategie eines Registers bedeutet aber nicht nur zuwarten bis zum Tag eines 'Mauerfalls'.

Ich weiß z.B. von tausenden Fällen wo jahrzehntelang keine Renten gezahlt worden sind in Unrechtsstaaten. Juristisch scheinen mir dies eher leicht zu dokumentierende Fälle, da Arbeitszeugnisse vorliegen, die Behörden andererseits ja Nichts überwiesen haben und die man vor allem vielleicht schon sehr bald einklagen könnte, indem man (vor allem immer wieder und ganz unerwartet) staatliches Eigentum in der EU/Europa beschlagnahmen läßt.

Insbesondere, wenn solche Personen auf EU-Grund von Sozialleistungen leben, lassen sich für die Steuerzahler Kosten und Verursacher klar klären und also auch Investitionen in ein solches Projekt hervorragend rechtfertigen.

Und aus anderen Fällen ersehe ich, daß mit den Werkzeugen des Wirtschaftsrechts Dinge vorankommen, die im Bereich Menschenrechte auf der Stelle treten.

Aus der Sicht eines Beraters wäre solch ein Einsatz auch ein klarer Vorteil im Konkurrenzkampf der NGOs um ein klares Profil und sollte also von den Behrzten einige mehr zur igfm als Mitglieder bringen, ganz abgesehen von der kontinuierlichen Berichterstattung die für ihre Organisation abfallen würde.

Einen globalen Gerichtshof hat ja ein Netzwerk von NGOs bereits unter ihrer Mitarbeit in die Realität gehoben. Solch eine breite Unterstützung vermute ich auch für ein Register als Projektziel.

Mit freundlichen Grüßen und weiterhin viel Erfolg für Ihre Tätigkeiten.
Stephan Pernau